

Jahresbericht 2020





# Menschenrechte in Zeiten der Pandemie

Die COVID-19-Pandemie und der Umgang damit stellen eine gewaltige gesellschaftspolitische Herausforderung dar. Menschenrechte können hierbei eine wichtige Orientierung geben: Zum einen begründen sie staatlichen Handlungsbedarf. So hat der Staat die Pflicht, das Leben und die Gesundheit der Bürger\*innen zu schützen. Wäre die Regierung während der Pandemie untätig geblieben, hätte sie massiv gegen die Menschenrechte auf Leben und Gesundheit verstoßen. Dabei muss der Staat gerade auch vulnerable Personen schützen, und zwar auch vor einer Gesundheitsgefährdung durch Dritte.

Zum anderen zeigen die Menschenreche notwendige Grenzen staatlichen Handels auf. Befristete Eingriffe beispielsweise in die Handlungs- und Bewegungsfreiheit sowie in die Versammlungs-, Religions-, Kunst- und Berufsfreiheit der Menschen sind regelmäßig und gewissenhaft daraufhin zu prüfen, ob sie auf einer gesetzlichen Grundlage erfolgen und tatsächlich geeignet, nötig und angemessen sind, um einen legitimen Zweck – hier den Gesundheitsschutz – zu erfüllen. Auch ist das Recht auf Bildung für alle Kinder sicherzustellen und das Kindeswohl zu wahren.

Solche Abwägungen zumal unter den Bedingungen der Unsicherheit vorzunehmen, ist ein schwieriges Unterfangen. Unser Mitgefühl gilt all jenen Menschen, die an Corona schwer erkrankt oder gar gestorben sind, und ihren Angehörigen. Auch gilt es jene zu unterstützen, die in existenzielle Not geraten oder deren prekäre soziale Lage sich in der Pandemie noch weiter verschlechtert hat. Zugleich tragen wir auch hierzulande Verantwortung dafür, dass Impfstoffe und Medikamente weltweit verfügbar sind und die globale Pandemiebekämpfung sich am Maßstab der Menschenrechte ausrichtet.

Michael Krennerich
Vorsitzender des NMRZ

# Inhalt

#### Das NMRZ ...

#### ... informiert über Menschenrechte 4 Zeitschrift für Menschenrechte

- 4 Webseite
- 4 Menschenrechte der Blog
- 5 Social Media
- 5 Newsletter
- 5 Bibliothek und Zeitschriften
- 6 Ausgewählte Publikationen

- ... belebt den Diskurs 8 Menschenrechtsfilmpreis 2020 digital verliehen
  - 10 Tree Talks
  - 10 Aktivitäten zu Lateinamerika

#### ... betreibt Menschenrechtsbildung 11 Bildungsprogramm

- 11 Menschenrechtsmontag (MeMo)
- 11 Menschenrechtsmontag zum Thema (Anti-)Rassismus

#### ... berät und nimmt Stellung 12 Rettungsring-Aktion

- 13 Waffenmesse Nürnberg

### 15 Menschenrechtliche Verantwortung in der Lieferkette

#### ... mischt sich in Menschenrechtspolitik ein 20 Forum Menschenrechte

- 21 Deutsches Institut für Menschenrechte
- 21 Elisabeth-Selbert-Initiative
- 22 Nürnberger Bündnis Fair Toys und Fair Toys Organisation
- 23 Koalition gegen Verschwindenlassen
- 23 Runder Tisch Menschenrechte

#### **Team** 24 Praktikantinnen und Praktikanten

- 25 Büroleitung
- 26 Aktive 2020

## Das NMRZ ...

Schutz und Gewährleistung der Menschenrechte in Zeiten der Pandemie – eine globale Herausforderung und Anlass für eine intensive und kritische Auseinandersetzung in Theorie und Praxis auch in unserem NMRZ.

#### Klaus Schüler

Im vergangenen Jahr war mir das Menschenrechtszentrum besonders wichtig, weil wir eine lebendige Diskussion über unserer Positionierung zum Thema Rassismus/Antirassismus führen konnten.

#### Otto Böhm

Das NMRZ war für mich die erste Berührung mit Menschenrechten und seitdem hat mich das Thema nicht mehr losgelassen.

#### Sofi Brostean-Kaiser

Um in der Corona-Krise Menschenrechte zu schützen (Leben, Gesundheit), wurden andere Menschenrechte (Freiheitsrechte) stark eingeschränkt. Menschenrechte in Zeiten von Corona – eine Herausforderung und immer wieder ein schwieriger Balanceakt.

## Regine Schunda

In einer Zeit, in der viele Staaten ihr Bekenntnis zum Menschenrechtsschutz in Frage stellen, ist es umso wichtiger, dass die Zivilgesellschaft stark und laut bleibt. Das NMRZ liefert hierzu einen wichtigen Beitrag.

#### Lea Dannich

Es ist beruhigend, dass sich auch unter den schwierigen Bedingungen der Pandemie viele junge Menschen im NMRZ für die Menschenrechte engagieren. Michael Krennerich

# ... informiert über Menschenrechte

#### Zeitschrift für Menschenrechte



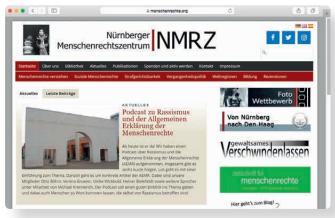
Das NMRZ ist Redaktionssitz der halbjährlich erscheinenden "Zeitschrift für Menschenrechte. Journal for Human Rights" (zfmr). Michael Krennerich ist Mit-Gründer und leitender Herausgeber der zfmr. Die beiden Ausgaben des Jahres 2020 legten die Themenschwerpunkte auf "Menschenrechte queer gelesen" und "Bewegte Menschenrechte".

Die Zeitschrift ist interdisziplinär ausgerichtet und spricht trotz ihres wissenschaftlichen Charakters eine breite Leserschaft an. Vertrieben wird sie über den Wochenschau-Verlag.

#### www.zeitschriftfuermenschenrechte.de

#### Webseite

Die Webseite des NMRZ (www.menschenrechte.org) beinhaltet ausgewählte Beiträge und Analysen aus den jeweiligen thematischen Arbeitsfeldern, aber auch Hinweise auf Kampagnen und aktuelle Veranstaltungen. Größtenteils stammen die Artikel aus der Feder von NMRZ-Mitarbeiter\*innen, zusätzlich werden aber auch ausgewählte Fremdbeiträge veröffentlicht.



#### Menschenrechte – der Blog

Auf unserem Blog "Menschenrechte – der Blog", der unter www.menschenrechte.org/ blog aufrufbar ist, beleuchten wir aktuelle Themen und Diskussionen aus einer menschenrechtlichen Perspektive und können hier auch mal subjektiver, pointierter und zugespitzter für die Menschenrechte argumentieren.





Selbstverständlich hat die Corona-Pandemie auch unsere Arbeitsprozesse und Social Media -abläufe für unsere Netzwerke verändert. Dennoch haben wir auch in diesem Jahr in den sozialen Medien aktuelle und brisante Menschenrechtsthemen öffentlichkeitswirksam besetzt und für ein breites Publikum anschaulich aufbereitet. Mit sorgfältig recherchierten Posts und Tweets konnten wir unsere Reichweite stetig ausbauen und neue Zielgruppen erschließen. Unterstützt wird unser Social-Media-Team durch die zuverlässige und umfangreiche Mitarbeit unsere Praktikant\*innen.

Auf Anfrage betreuten wir in diesem Jahr zum ersten Mal die Sozialen Kanäle des renommierten Deutschen Menschenrechtsfilmpreises in Nürnberg, der an Filmemacher\*innen verliehen wird, die sich mit ihren Filmen für Menschenrechte einsetzen. Wir freuen uns darauf, die Kooperation über das Jahr 2020 hinaus weiter fortzusetzen.

Zum Ende jedes Monats erstellt das NMRZ einen internen Newsletter, der unsere Mitglieder über die Vereinsaktivitäten im vergangenen Monat, neue Beiträge auf unserer Website oder dem Blog, Neuzugänge in der Bibliothek sowie zukünftige Veranstaltungen informiert.

Der Buch- und Zeitschriftenbestand des NMRZ umfasst schwerpunktmäßig Veröffentlichungen über die Menschenrechtssituation in Lateinamerika sowie ein umfangreiches Sortiment zu den Arbeitsfeldern des NMRZ. Unser Bücherkatalog kann auf unserer Website www.menschenrechte.org unter "Bibliothek" eingesehen werden. Auch unser über 11.000 Einzelexemplare umfassende Zeitschriftenbestand kann dort abgerufen werden. Sobald die aktuelle Lage es zulässt, dürfen

Besucher\*innen gerne wieder zu unseren Öffnungszeiten in der Bibliothek stöbern.

Newsletter

Bibliothek und Zeitschriften

#### Ausgewählte Publikationen Michael Krennerich:

- Freie und faire Wahlen? Standards, Kurioses, Manipulationen, Frankfurt/M.: Wochenschau-Verlag, 2020.
- Flucht und Menschenrechte, Erlangen: FAU University Press, 2020 (hrsg. gemeinsam mit Petra Bendel).
- German Coalition to Stop the Use of Child Soldiers (eds.): Shadow Report Child Soldiers, Berlin et al. 2020
- Gesundheit als Menschenrecht, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ), Jg. 70, 46-47/2020, S. 22-27.
- Das Menschenrecht auf Wasser im Fokus, in: forum für Politik, Gesellschaft und Kultur (Luxemburg), Nr. 409, 2020, S. 32 ff.

#### Rainer Huhle:

- Mein Lieblingsmuseum: Das Museo del Objeto in der Colonia Roma Norte in Mexiko-Stadt, in: ILA 432, 2020, S. 24.
- Vom Schrecken der Erinnerung zur Erinnerung des Schreckens. Gedenkstätten und Museen in "Authentischen Orten" der Repression in Lateinamerika, in: ILA 432, 2020, S. 31-34.
- Worte, Bilder und "ungezähmte Erinnerungen". Museen des Widerstands und der Volkskämpfe in El Salvador und Mexiko, in: ILA 432, 2020, S. 35.
- Bombenangriffe im Zweiten Weltkrieg die Erinnerungen in Deutschland, auf https://www.menschenrechte.org/kategorie/vergangenheitspolitik/ (März 2020).
- La Convención Internacional para la protección de todas las personas contra las desapariciones forzadas y la normativa y jurisprudencia interamericanas, in: Juana Ibáñez Rivas, María / Rogelio Flores Pantoja / Jorge Padilla Cordero (Coord.): Desaparición forzada en el Sistema Interamericano de Derechos Humanos. Balance, impacto y desafíos, México: Instituto de Estudios Constitucionales del Estado de Ouerétaro / Instituto Inter-americano de Derechos Humanos, 2020, S. 373–402. (auch e-book) (Video der Buchpräsentation am 6.8.2020: youtu.be/ L9vIMYmNYXq).
- The Rights of the Victims of Enforced Disappearance Do Not Have an Expiration Date, auf: http://opiniojuris.org/2020/07/07/the-rights-ofthe-victims-of-enforced-disappearance-do-not-have-an-expiration-date/, 7 July 2020;

- (deutsch auf: https://gewaltsames-verschwindenlassen.de/internationalerrahmen/die-rechte-von-opfern-des-verschwindenlassens-haben-keinverfallsdatum);
- (spanisch auf: https://dplfblog.com/2020/07/23/los-derechos-de-lasvictimas-de-desapariciones-forzadas-no-tienen-fecha-de-caducidad/).
- Prólogo A la memoria de Louis Joinet, in: Velasco Yáñez, David (Coord.): El paraíso de la impunidad: México examinado por los comités de los tratados internacionales de derechos humanos / Coord. y presen. de D. Velasco Yáñez; pról. de R. Huhle – Guadalajara (iteso) 2020, pp. 15–19 (e-book)
- Gegen die Straflosigkeit. In Erinnerung an Louis Joinet, in: Zeitschrift für Menschenrechte, 1/2020, S. 220-226.
- Volkmar Deile Erinnerungen an einen überzeugten und überzeugenden Menschenrechtler", in: Zeitschrift für Menschenrechte, 1/2020, S. 207–225 (mit R. Marx, K. Lüthke, J. Motte, P. Franck, B. Lochbihler, H. Bielefeldt, S. Voß-Kyeck, E. Strohscheidt).
- Hüter der Konvention gegen das Verschwindenlassen, in: Stahl, Daniel (Hrsg.): Quellen zur Geschichte der Menschenrechte. Lebensgeschichtliche Interviews, Göttingen (Wallstein) 2021, S. 167–202.

#### Otto Böhm:

- 29. Januar: Vortrag bei der Humanistischen Vereinigung in Nürnberg: "Internationale Strafgerechtigkeit – Eine Idee in der Krise?", erschienen in: Frank Schulze (Hrsg.): Humanistik und Philosophie 1 Jahresband der Humanistischen Akademie 2020, Aschaffenburg 2020.
- 15. März: Lorenzer Kommentar zur Frage "Rechts, Links, Mitte Was hält unsere Gesellschaft zusammen?"

# ... belebt den Diskurs

Menschenrechtsfilmpreis 2020 Am 5. Dezember 2020 wurde der Deutsche Menschenrechts-Filmpreis zum digital verliehen zwölften Mal verliehen. Diesmal war alles etwas anders: Anstelle einer großen Verleihung mit Publikum und einer anschließenden Filmvorführung fand die Veranstaltung digital statt – Wohnzimmer statt Tafelhalle. Die Übertragung konnte live via BR-Kulturbühne und BR-Capriccio verfolgt werden.

> Wie bereits in den Vorjahren führte auch diesmal Kabarettist und Moderator Christoph Süß durch den Abend. Ein besonderes Highlight war Jazz-Komponistin Rebecca Trescher, die gemeinsam mit dem New Shapes Quartett für jeden der ausgezeichneten Filme ein eigens komponiertes Stück vortrug.

Die Filmemacherinnen und -macher wurden jeweils live zugeschaltet, um den Preis offiziell entgegenzunehmen. Abräumer des Abends waren Arkadij Khaet und Mickey Paatszch, die mit "Masel Tov Cocktail" gleich in zwei Kategorien gewannen: Hochschule und Bildung. Der Film zeigt aus der Perspektive des 19-jährigen Dima, wie es ist, als Jude in Deutschland aufzuwachsen. "Warum eigentlich immer Holocaust, warum soll ich nicht mal reden über Gefilte Fisch?", fragt sich Dima, als er schon wieder von seiner Lehrerin gebeten wird, ein Referat über den Holocaust zu halten und zeigt uns im Laufe der 30 Minuten, mit welchen Vorurteilen und Klischees Dima täglich konfrontiert wird und wie wenig wir eigentlich über jüdisches Leben heute sprechen. "Dieser Film ist ein Glücksfall, erfrischend frech, und hervorragend für Schule und politische Bildung geeignet", heißt es in der Jurybegründung. In der Kategorie Non Professional wurde "Just. Another. Month" ausgezeichnet. Darin greifen die beiden Studentinnen Charlotte Weinreich und Rosa-Lena Lange das Thema Periodenarmut auf. Sie begleiten Aktivistinnen in Namibia, die sich für eine Enttabuisierung der Periode einsetzen und eindrucksvoll zeigen, wie wichtig der Zugang zu Hygieneprodukten für die Gewährung grundlegender

Menschenrechte wie dem Recht auf Bildung ist.

"Ab 18: Die Tochter von …" gewinnt den Preis in der Kategorie Kurzfilm. Aus der Perspektive von Micaela Verón gewinnen wir einen Einblick in die Geschichte ihrer Mutter Marita Verón, eine emanzipierte Freiheitskämpferin und Frauenrechtlerin, die vor über 20 Jahren von Menschenhändlern in Argentinien verschleppt wurde und bis heute als verschwunden gilt. Gleichzeitig erfahren wir, wie es ist, immer als "die Tochter von ..." bezeichnet zu werden und wie Micaela Halt in der feministischen Bewegung Argentinien findet.

In der Kategorie Langfilm gewinnen Waad al-Kateab und Edward Watts mit "Für Sama". Über einen Zeitraum von fünf Jahren nimmt uns die Filmemacherin mit nach Aleppo und zeigt uns aus nächster Nähe, was sie, ihre Familie und die Menschen um sie herum im Krieg erleben. Sie widmet den Film ihrer Tochter Sama, die ihre ersten beiden Lebensjahre inmitten der Gewalt und Bomben erlebt. Es ist "ein Film, der wehtut und den jeder in der Welt sehen muss, auch wenn es teilweise nicht auszuhalten ist", urteilt die Jury.





Die Geschichten in diesen Filmen schaffen etwas Wichtiges: Sie regen uns zum Nachdenken und Diskutieren an. Wie wichtig das ist, betonte auch NDR-Moderatorin Anja Reschke, die für ein Gespräch zugeschaltet wurde. "Letztendlich erzählen wir Geschichten, um Menschen zu erreichen." Oft sei es nur eine Szene, die den Menschen besonders im Gedächtnis bleibt, die gleichzeitig aber auch bewirkt, dass wichtige Themen Teil der öffentlichen Debatte werden oder bleiben. Diese Geschichten zeigen die Menschen hinter den oft nur schwer fassbaren Menschenrechtsverletzungen. Das Nürnberger Menschenrechtszentrum ist Mitveranstalter des Deutschen Menschenrechts-Filmpreises und unterstützte in diesem Jahr die Social-Media-Arbeit.

Im Bereich Umwelt und Klimawandel rücken Menschenrechte immer mehr in den Fokus. Das Recht auf Leben oder Gesundheit sind dabei häufig genannte Menschenrechte, die durch die Klimaerwärmung beeinträchtigt werden. Dass der Klimawandel menschengemacht ist, wird vom Großteil der Wissenschaftswelt und den meisten Politikern\*innen anerkannt – wie gegen die Erwärmung der

Erde, den Anstieg der Meere, die Luftverschmutzung und andere lebensbedrohliche Auswirkungen durch Abmilderung und Anpassung vorgegangen werden soll, ist jedoch ein Streitpunkt; national sowie international.

191 Staaten haben bisher das Pariser Klimaabkommen unterschrieben und sich dadurch selbst verpflichtet, ihre Klimagasemissionen zu verringern und Anpassungsmaßnahmen durchzuführen, die z.B. das Leben und die Gesundheit der Menschen schützen. Dieselben Staaten sind rechtlich und moralisch an die Achtung, den Schutz und die Förderung der Menschenrechte gebunden. Klimaaktivisten\*innen verknüpfen die staatliche Verantwortung gegenüber Menschenrechten und Klimazielen. Aus Sicht der Aktivisten\*innen haben die historisch gesehenen und aktuellen Hauptemittenten die größte Verantwortung, diese zügig zu reduzieren. Auch die solidarische internationale Unterstützung der Staaten mit wenig Ressourcen zur Klimakrisenbewältigung wird auf globaler Ebene heiß diskutiert.



Die diesbezüglichen politischen und menschenrechtlichen Diskurse wurden zum Anlass des Internationalen Tages der Menschenrechte am 10. Dezember 2020 einen Tag zuvor vom NMRZ, vertreten durch Theresa Dawedik, im Rahmen eines sogenannten "Tree Talks" für Kinder von zehn bis 15 Jahren erläutert. Der interaktive Vortrag ist Teil einer Reihe von Online-Schulungen zur Ausbildung von Botschaftern\*innen für Klimagerechtigkeit durch die Kinder- und Jugendinitiative Plant-for-the-Planet. Die ungleiche Verteilung von Klimaauswirkungen sowie Anpassungsressourcen wurde dabei in anschaulichen Beispielen aufgezeigt. Ziel war es, zu zeigen, dass durch internationale Kooperation an der Basis Erwachsene sowie Kinder initiativ handeln können, um auf die Klimaauswirkungen sowie die menschenrechtlichen Verpflichtungen der Staaten in diesem Kontext aufmerksam zu machen. Der Vortrag mit dem Titel "Klimagerechtigkeit und Menschenrechte" ist in Ausschnitten auf YouTube verfügbar.

Aktivitäten zu Lateinamerika

Das NMRZ beteiligt sich traditionell auch an Veranstaltungen und Diskussionen zu Lateinamerika in Nürnberg. So hielt Rainer Huhle beispielsweise am 27. Januar einen Vortrag "Menschenrechtssituation in Mexiko" im Rahmen der Lateinamerikawoche Nürnberg in der Villa Leon. Am 18. Juli stellte er im Filmhaus Nürnberg den chilenischen Film "Die Kordillere der Träume" von Patricio Guzman zur Diskussion.

# ... betreibt Menschenrechtsbildung

Das NMRZ bietet Menschenrechtsseminare, Antidiskriminierungsseminare und historisch-politische Bildungsseminare im Dokumentationszentrum Reichsparteitagsgelände wie auch im Memorium Nürnberger Prozesse an. Konzipiert als Präsenzseminare war es im Jahr 2020 nur bis März möglich, diese Seminare in gewohnter Weise durchzuführen. Danach mussten wir aufgrund der Covid-19-Pandemie das breite Bildungsangebot, bis auf einige wenige Online-Seminare, einstellen. Das war sehr bedauerlich, gerade im Hinblick darauf, dass das Dokumentationszentrum Reichsparteitagsgelände Ende des Jahres endgültig seine Dauerausstellung, die dort seit 2001 bestand, geschlossen hat. Es findet eine Erweiterung und die Installation einer neuen Ausstellung mit Medien- und Recherchezentrum statt. Die Eröffnung ist im Herbst 2023 geplant. Eine Interimsausstellung, für die wir als Partnerorganisation Bildungsangebote entworfen haben, soll im Februar 2021 eröffnen, wenn es das Pandemiegeschehen zulässt. Unterm Strich war dies leider ein trauriges Jahr für die Menschenrechtsbildung – wie auch für die Bildung generell.

Bildungsprogramm

Auch im Jahr 2020 fanden im Rahmen der von Otto Böhm koordinierten Menschenrechtsmontage im NMRZ verschiedene Veranstaltungen und Vorträge zu menschenrechtsrelevanten Fragen statt, aufgrund der Pandemielage allerdings meist digital. Wir informierten uns und diskutierten unter anderem über:

Menschenrechtsmontag (MeMo)

- Sklaverei in Russland:
- die Menschenrechtslage in Kaschmir;
- die Rechte auf geistiges Eigentum und Gesundheit;
- ein Kunst-Projekt zur Lage der Menschenrechte an der mexikanischen Grenze zu den USA:
- das umstrittene Urteil des OLG München gegen Mitglieder der "Türkische Kommunistische Partei/Marxisten-Leninisten" (TKP/ML) in Nürnberg;
- Rassismus und Antirassismus:
- Wahlen und Menschenrechte in Bolivien.

Antirassismus-Arbeit war schon immer Teil des NMRZ, also wollten wir wegen der *Black Lives Matter Bewegung* 2020 (BLM) unsere bisherigen Konzepte auf den Prüfstand stellen und überlegen, wie wir diese verbessern können. Ein Anfang wurde durch einen Menschenrechtsmontag am 23. November via Zoom gemacht, der sich mit dieser Thematik beschäftigte. Das Vorbereitungsteam bestand aus Lea Dannich, Sofi Brostean-Kaiser, Michelle Fowinkel, Alice Speck und Maria Geisler. Die herausgearbeiteten Leitfragen waren: Wie können wir als weiße Mehrheitsgesellschaft anti-rassistisch arbeiten? Wie kann sich das NMRZ lokal einbringen, um Rassismus in Ergänzung zur bereits bestehenden Bildungsarbeit besser zu bekämpfen? Da sich Rassismus durch alle Lebensbereiche zieht, lag der Fokus auf Alltagsrassismus.

Menschenrechtsmontag zum Thema (Anti-)Rassismus Zunächst wurden Begriffe geklärt und diskutiert, die in der aktuellen Rassismusdebatte verwendet werden. In Form eines Glossars schickte das Vorbereitungsteam eine grobe Übersicht mit Erklärungen der Begriffe wie "White Privilege" (Weiße Privilegien), "Critical Whiteness" (Kritisches Weiß-Sein) und "Cultural Appropriation" (Kulturelle Aneignung). Auch die Frage, ob es "Reversed Racism" (Umgekehrter Rassismus) zulasten von weißen Menschen gibt, wurde besprochen und diskutiert.

Geplant sind weitere Gespräche mit externen Expert\*innen, eine Erweiterung des bereits bestehenden Bildungsangebots sowie eine Teilnahme des NMRZ an den Nürnberger Wochen gegen Rassismus 2021.

# ... berät und nimmt Stellung

Rettungsring-Aktion Im letzten Jahr war die Corona-Pandemie das alles beherrschende Thema. Damit drohte auch das Schicksal geflüchteter Menschen zeitweilig aus dem Blickfeld zu geraten. Mithilfe der symbolischen Rettungsringe, die gut sichtbar öffentlich aufgehängt wurden, sollte daher die (über)lebenswichtige Debatte um die Schutzsuchenden fortgeführt werden. Denn die Situation in den Lagern an den Außengrenzen Europas ist katastrophal; die verfügbaren Kapazitäten sind vielfach überbelegt und angesichts der Corona-Pandemie untragbar. Anstatt Menschen in Not zu helfen, schottet sich Europa immer weiter ab. Kinder, Frauen und Männer stranden an den Grenzen Europas oder

> ertrinken auf dem Weg dorthin. Es wird immer schwieriger für geflüchtete Menschen, Schutz zu finden. Die Brandkatastrophe in Moria auf der griechischen Insel Lesbos war eine absehbare Folge, ein Symptom der gescheiterten Asylpolitik

Doch auch wenn derzeit eine auf Menschenrechte und Humanität beruhende Asylpolitik auf nationalstaatlicher bzw. europäischer Ebene in weiter Ferne liegt, sprechen sich immer mehr Kommunen für einen Gegentrend aus: sog. Sichere Häfen für Schutzsuchende. Beispielsweise haben sich aus der mittelfränkischen Region u.a. Erlangen, Fürth und Nürnberg zu Sicheren Häfen für Schutzsuchende erklärt. Bis heute sprachen sich 16 Städte allein in Bayern sowie zahlreiche Kommunen für diese Initiative aus.





Um diese Missstände kritisch zu beleuchten, erinnern die aufgehängten Rettungsringe daran, dass die Schicksale der Flüchtenden nicht in Vergessenheit geraten. Wir unterstützen die von der Amnesty International Gruppe in Erlangen ausgehende Initiative und unterstreichen damit einmal mehr,

dass das Recht auf Asyl ein Menschenrecht ist.

Wenn Großveranstaltungen nicht gerade aufgrund der Corona-Pandemie abgesagt werden müssen, finden jährlich auf dem Messegelände in Nürnberg die zwei aufeinanderfolgenden und von internationalem Publikum gut besuchten Waffenmessen IWA Outdoor Classics und Enforce Tac statt. Deshalb wollte das NMRZ im Jahr 2020 die Vereinbarkeit der Rahmenbedingungen und der Umsetzung der Messeveranstaltungen mit den UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte und dem Nationalen Aktionsplan Wirtschaft und Menschenrechte der Bundesregierung näher betrachten. Diese internationalen wie nationalen politischen Bemühungen, wirtschaftliche Akteure in die Umsetzung von Menschenrechten miteinzubeziehen, werfen für uns kritische Fragen an die Veranstalter\*innen der Waffenmessen in Nürnberg auf.

Waffenmesse Nürnberg

Während sich die *IWA Outdoor Classics* auch an die Allgemeinheit richtet, wendet sich die *Enforce Tac* an Behörden und Sicherheitskräfte und ist nur mit vorheriger Registrierung zugänglich. Die zahlreichen Waffensysteme werden teils von Aussteller\*innen, die vor dem Hintergrund der EU-Antifolter-Verordnung durchaus kritisch beurteilt werden müssen, präsentiert. Außerdem stellen Unternehmen aus, deren Mitarbeiter\*innen bereits in anderen Kontexten wegen illegalen Waffenexports gerichtlich verurteilt worden sind. Wie kann also die *NürnbergMesse* menschenrechtliche Leitprinzipien bei der Planung und Veranstaltung der beiden Waffenmessen einhalten?

Dabei ist besonders zu berücksichtigen, dass die Waffenmessen eine Plattform für internationalen Austausch bieten und menschenrechtlich bedenkliche Geschäfte zwischen Kund\*innen und Aussteller\*innen aus dem nicht-EU Ausland ermöglichen, da die Geschäftspartner\*innen nicht alle der EU-Anti-Folter-Verordnung unterworfen sind. Auch wenn kontrolliert wird, dass Produkte, die aus (EU)-rechtlichen Gründen nicht ausgestellt werden dürfen, nicht direkt auf den Veranstaltungen präsentiert werden, so können sich doch Waffengeschäfte anbahnen, die für die Menschenrechtsbilanz in Konfliktregionen enorme Auswirkungen haben dürften. Wie können die Veranstalter\*innen ihrer unternehmerischen Sorgfaltspflicht gerecht werden und sicherstellen, dass im Zusammenhang mit den Waffenmessen keine menschenrechtlich bedenklichen Geschäfte abgeschlossen werden?

Außerdem ist zu berücksichtigen, dass die Stadt Nürnberg und der Freistaat Bayern als Gesellschafter mit fast 100% am Unternehmen der NürnbergMesse beteiligt sind und sich deshalb das Unternehmen i.S.d. Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte in besonderem Maße an die Sorgfaltspflicht halten muss. Inwieweit findet dieses Prinzip bereits Anwendung?

# Menschenrechtliche Verantwortung in der Lieferkette

von Helga Riedl und Hani Elkader

Schon lange vor den Diskussionen zum Lieferkettengesetz bewegte das Nürnberger Menschenrechtszentrum das Thema faire Spielzeugproduktion. Nürnberg kann auf eine Tradition als "Spielzeugstadt" zurückblicken und ist auch heute noch ein Ort der Spielwarenherstellung und des Spielwarenhandels. Alljährlich findet die weltweit größte Fachmesse dieser Branche, die "Internationale Spielwarenmesse", vor Ort statt. Grund genug, sich gerade in Nürnberg, der "Stadt des Friedens und der Menschenrechte", mit den oft menschenunwürdigen Arbeitsbedingungen in den Spielzeugfabriken Südostasiens auseinanderzusetzen. Extrem lange Arbeitszeiten, nicht selten sieben Tage die Woche, sind dort häufig die Regel. Meist gibt es keinen Kündigungsschutz, gesetzliche Mindestlöhne werden unterschritten und Arbeitsschutzbestimmungen grob verletzt.

Vor diesem Hintergrund haben sich schon 2001 mehrere kirchliche und städtische Einrichtungen sowie Menschenrechtsgruppen zum "Nürnberger Bündnis Fair Toys" (NBFT) zusammengeschlossen. Auch das Nürnberger Menschenrechtszentrum gehört diesem Bündnis an. Seit vielen Jahren thematisiert das Bündnis mit Aktionen auf der Kinderweihnacht des Nürnberger Christkindlesmarktes und auf der Spielwarenmesse die problematische Spielzeugproduktion, vor allem in China, wo der Großteil der Spielwaren seit den 90er Jahren hergestellt wird. Gemeinsam mit Partnerorganisationen in Deutschland, Europa und in Asien setzt sich das NBFT für die Beachtung der Menschenrechte und grundlegender Arbeitsnormen in der Spielzeugindustrie ein. Verbesserungen gab es leider kaum. Das vom Weltspielwarenverband ICTI eingeführte "Ethical Toy Program" als Fabrik-Zertifikat brachte nicht den erwarteten Erfolg. In vielen zertifizierten Fabriken werden menschenunwürdige Arbeitsbedingungen im jährlichen Toys Report, der im Auftrag der Christlichen Initiative Romero erscheint, nachgewiesen.

Rana Plaza in Bangladesch, der größte Unfall in der Textilindustrie, bei dem im Jahr 2013 mehr als tausend Menschen starben, war für viele Menschen ein Schock. Machen wir uns schuldig, wenn wir T-Shirts für einen Spottpreis kaufen? Wie steht es mit deutschen Unternehmen, die dort produzieren lassen und die Nichteinhaltung menschenrechtlicher Standards billigend in Kauf nehmen? Trifft sie eine Schuld? In der Bekleidungsindustrie ist es in den letzten Jahren vorangegangen. Die Fair Wear Foundation hat an Fahrt aufgenommen. Fair produzierte Bekleidung ist durch ein Siegel erkennbar, die Nachfrage ist gestiegen wie auch das Angebot. Nachhaltigkeit und "Fairer Handel" sind erfreulicherweise für immer mehr Verbraucher\*innen Kriterien für den Einkauf, auch bei Spielwaren. Leider kann man aber Spielwaren noch nicht ansehen,

ob sie sozial- und umweltverträglich hergestellt wurden. Wer verantwortungsbewusst Spielsachen einkaufen will, wird allein gelassen. Es gibt eben noch keine Kennzeichnung wie bei Bekleidung, Fußbällen oder Schokolade. Und das soll sich ändern – hoffentlich ohne die Sensibilisierung durch ein großes Unglück.

#### Gründung der Fair Toys Organisation

In einem fast zweijährigen Prozess wurde die Gründung einer Multistakeholder-Initiative als Kontrollinstanz für die Einhaltung von sozialen und ökologischen Mindestanforderungen bei der Spielwarenproduktion und im Spielwarenhandel vorbereitet. Ein dazugehöriges Konzept, ein Kodex, ein Statut und eine Vereinssatzung wurden vom Nürnberger Bündnis Fair Toys, verschiedenen Unternehmen und dem Verband der Spielwarenindustrie in Anlehnung an die Fair Wear Foundation entwickelt. Den vorläufigen Höhepunkt dieses Prozesses stellt die im Juli 2020 vollzogene Gründung der Fair Toys Organisation (FTO) dar. Unterstützt wurde die Gründung der FTO vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), vom Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie, vom Deutschen Verband der Spielwarenindustrie (DVSI) und vom Nürnberger Spielzeugmuseum. Die FTO besteht mittlerweile (Februar 2021) aus 23 ordentlichen Mitgliedern – davon 14 Organisationen der Spielwarenbranche und neun Organisationen der Zivilgesellschaft – und wird durch eine Fördermitgliedschaft vom Nürnberger Spielzeugmuseum unterstützt.

Ziel der FTO ist es, dass arbeitsrechtliche Mindestanforderungen eingehalten werden. Hierzu gehört auch die Zahlung eines existenzsichernden Lohnes für die Arbeiter\*innen in der Spielzeugproduktion. Mit einem umfassenden und transparenten Ansatz betrachtet die FTO die gesamte Produktion in der Lieferkette eines Unternehmens weltweit. Nicht nur Audits, sondern die institutionelle Verankerung von Verantwortung in der Lieferkette beispielsweise durch die Implementierung menschenrechtlicher Sorgfalt im gesamten Unternehmen sind entscheidend. Prozessorientierte Begleitung soll zu einer strukturellen Verbesserung in den Lieferketten der Mitgliedsunternehmen führen. Die zweijährige Startphase sieht Fortbildungen für Mitarbeiter\*innen in den Fabriken und für Einkäufer\*innen in den hiesigen Firmenzentralen vor, den Aufbau einer unabhängigen Beschwerdestelle für Fabrikarbeiter\*innen in Zusammenarbeit mit Nichtregierungsorganisationen und die Evaluierung bereits existierender Maßnahmen bei den Unternehmen. Die Unternehmen sollen mit diesen Maßnahmen unterstützt werden, die Verantwortung bei der Auslagerung ihrer Produktion wahrzunehmen. Das Engagement der Unternehmen wird einem "fair performance

check" unterzogen und die mit einer hohen Punktzahl bewerteten Unternehmen werden mit einem Siegel ausgezeichnet. Das Siegel wird an den Produkten platziert und dient so den Konsument\*innen zur Einkaufsorientierung.

#### Toys Report macht Notwendigkeit deutlich

Trotz der gemachten Fortschritte hat die FTO noch einige Hürden zu nehmen, bis sie für mehr Transparenz sorgen, ihr erstes Siegel vergeben und nachhaltige Verbesserungen der Arbeitsbedingungen in den entsprechenden Produktionsstätten erwirken kann. Denn tatsächlich ist die Arbeit einer engagierten Fair Toys Organisation offenbar bitter nötig, wie der aktuelle, am 3. Dezember 2020 erschiene Toys Report zeigt. Im Rahmen der letztjährigen Untersuchung schleusten sich die von der Christlichen Initiative Romero beauftragten Ermittler\*innen der Nichtregierungsorganisation China Labor Watch als Arbeiter\*innen in zwei Spielzeugfabriken ein, in denen Spielwaren für die Branchengrößen Fisher-Price, Mattel, Tomy und Chicco gefertigt werden. Der Bericht dokumentiert dabei gravierende Verletzungen der nationalen und internationalen Arbeitnehmer\*-innenrechte. Das Arbeitsumfeld wird durch psychische Gewalt und sexuelle Belästigung bestimmt. Zudem kämpfen Arbeitnehmer\*innen mit Hungerlöhnen, einer hohen Anzahl von Überstunden und einem mangelhaften Gesundheitsschutz, welcher wegen der gegenwärtigen Pandemie von besonderer Bedeutung ist. Bemerkenswert ist: Beide untersuchte Fabriken sind über das Zertifizierungsprogramm des Weltspielwarenverbands (ICTI Ethical Toy Programm, IETP) zertifiziert.

Die unbezahlbare Freude beschenkter Kinder auf der einen Seite; auf der anderen Seite Arbeitnehmer\*innen, die dieses Glück erst möglich machen und trotzdem durch ihre Beschäftigung an ihre physischen und psychischen Belastungsgerenzen getrieben werden: Das Produkt "Spielzeug" führt uns die Divergenz zwischen dem Glück der Produzierenden und dem Glück der Konsumierenden sehr deutlich vor Augen. Die Spielwarenbranche ist hier allerdings keineswegs alleine. Ob Textilindustrie, Lebensmittelindustrie oder Technikindustrie – schwarze Schafe gibt es überall und häufig bilden sie die Herde. Schon merkwürdig, dass das deutsche Recht und die deutsche Politik solche Zustände zulassen.

#### Nationaler Aktionsplan ist gescheitert

Nun gibt es seit einiger Zeit "Anstrengungen" der deutschen Politik, in Deutschland ansässige Unternehmen zur Wahrnehmung ihrer menschenrechtlichen Verantwortung zu bewegen. Zu diesem Zweck rief die vormalige Bundesregierung im Jahr 2016 den Nationalen Aktionsplan zur Umsetzung der VN-Leitprinzipien (NAP) ins Leben. Der Plan artikuliert die Erwartungs-

haltung der Bundesregierung gegenüber Unternehmen, ihrer Verantwortung zur Umsetzung ihrer menschenrechtlichen Sorgfaltspflichten gerecht zu werden. Sie definiert dabei fünf Kernelemente menschenrechtlicher Sorgfalt: Eine Grundsatzerklärung zur Achtung der Menschenrechte, Verfahren zur Ermittlung tatsächlicher und potenziell nachteiliger Auswirkungen auf die Menschenrechte, Maßnahmen zur Abwendung potenziell nachteiliger Auswirkungen und Überprüfung der Wirksamkeit dieser Maßnahmen, eine institutionalisierte Berichterstattung und die Etablierung von Beschwerdemechanismen. Die Ergebnisse des Monitoringverfahrens legen offen, dass nicht einmal 20% der entsprechenden deutschen Unternehmen nachweisen konnten, die verschiedenen Elemente menschenrechtlicher Sorgfalt in ihrem Managementsystem integriert zu haben. Die Zielmarke der Bundesregierung von 50% wurde also deutlich verfehlt.

Tatsächlich ist es kaum verwunderlich, dass deutsche Unternehmen so "locker" mit ihren menschenrechtlichen Sorgfaltspflichten umgehen. Es fehlt eindeutig an wirtschaftlicher Motivation. Die Hoffnung, deutsche Unternehmen würden die Kernelemente menschenrechtlicher Sorgfalt ohne eine gesetzliche Regelung flächendeckend, zeitnah und substantiell implementieren, grenzt deshalb an Wunschdenken. Die Ergebnisse des NAP zeigen nochmal ganz deutlich, dass Freiwilligkeit und die Kommunikation von Erwartungen nicht hinreichend sind. Zur Erinnerung: "Falls die wirksame und umfassende Überprüfung des NAP 2020 zu dem Ergebnis kommt, dass die freiwillige Selbstverpflichtung der Unternehmen nicht ausreicht, werden wir national gesetzlich tätig und uns für eine EU-weite Regelung einsetzen" (Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD, 19. Legislaturperiode, S. 156). Damit wären wir beim Thema Lieferkettengesetz und beim Versprechen der Regierungsparteien angelangt.

#### Lieferkettengesetz endlich in Sicht?

Ein Lieferkettengesetz als ein öffentlich-rechtliches Gesetz mit Verfahrensanforderungen zu menschenrechtsbezogenen Risikoanalysen, Präventionsmaßnahmen, Abhilfemaßnahmen und Dokumentation bzw. Offenlegung könnte bei richtiger Ausgestaltung ein Anreizsystem schaffen, das den unternehmerischen Nutzen menschenrechtlicher Sorgfalt deutlich erhöht. Die entsprechenden Anreize müssen dabei nicht zwangsläufig aus der Androhung von Haftstrafen oder ähnlichen Sanktionen bestehen. So könnten etwa mehr oder weniger milde Strafzahlungen oder die Nichtberücksichtigung bei öffentlichen Aufträgen auf der einen Seite, und die Aussicht auf Subventionen und die Berücksichtigung bei der öffentlichen Beschaffung auf der anderen Seite, wirksame Anreize für einen Paradigmenwechsel im Unternehmensmanagement darstellen.

Diesen theoretischen Effekt eines Lieferkettengesetzes können wir als Nürnberger Menschenrechtszentrum durch unsere Erfahrungen in der Praxisarbeit bestätigen. Auf der Suche nach Unternehmen der Spielwarenindustrie, die bereit waren, sich unserer Multi-Stakeholder-Initiative zur Arbeit an einer Verbesserung der Arbeitsbedingungen in den Produktionsstätten anzuschließen, stießen wir auf viele taube Ohren. Dabei stellte die Erwartung auf die baldige Verabschiedung eines Lieferkettengesetzes eines unserer schlagkräftigsten Argumente dar, um Unternehmen der Spielwarenbranche doch noch dazu zu bewegen, uns zuzuhören und gegebenenfalls sogar mit uns zusammenzuarbeiten. Ohne Zweifel ist davon auszugehen, dass ein solches Gesetz letztlich zu einem institutionellen Rahmen beitragen könnte, in welchem Organisationen wie die FTO und unternehmerisches Engagement florieren können und in welchem die Arbeit zivilgesellschaftlicher Organisationen Früchte tragen kann.

Leider fehlte der deutschen Politik in den letzten Jahren offenbar der Wille, ihrem menschenrechtlichen Auftrag nachzukommen und ihren Versprechungen Taten folgen zu lassen. Dabei ist das derzeit oft bemühte Argument, die Wirtschaft dürfe in Zeiten von Corona nicht durch zusätzliche Auflagen belastet werden, keineswegs stichhaltig. Studien zeigen, dass die Kosten für die Schaffung entsprechender Strukturen in Relation zum Umsatz von insbesondere großen Unternehmen marginal sind. Zudem würde jeder Entwurf eines Lieferkettengesetzes einen mehrjährigen Übergangszeitraum beinhalten, der, falls nötig, auch entsprechend der zukünftigen Entwicklung der Corona-Pandemie angepasst werden könnte. Das Ziel einer möglichst schnellen Erholung der Wirtschaft ist deshalb keineswegs unvereinbar mit der Verabschiedung eines Lieferkettengesetzes. Vielmehr führt uns die aktuelle Lage die Notwendigkeit eines solchen Gesetzes besonders vor Auge.

Die Mitte Februar erzielte Einigung der Minister Altmaier, Heil und Müller auf einen Referentenentwurf zum Lieferkettengesetz lässt hoffen, dass die Bundesregierung die Dringlichkeit nun endlich erkannt hat. In Anbetracht der Zurückhaltung in den letzten Jahren bleibt allerdings abzuwarten, ob das entsprechende Gesetz wie geplant tatsächlich noch in dieser Legislaturperiode verabschiedet wird. Wünschenswert für Konsumierende und Produzierende von Spielzeug und anderen Waren wäre ein wirkungsvolles Lieferkettengesetz in jedem Falle. Oder in den Worten des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung: "In Zukunft sollte 'made in Germany' nicht nur für höchste Qualität, sondern auch für Verantwortung und nachhaltige Produktion stehen, in Deutschland und weltweit." Dem können wir uns nur anschließen.

# ... mischt sich in Menschenrechtspolitik ein

Forum Menschenrechte

Im Rahmen des bundesweiten Netzwerkes "Forum Menschenrechte", dem rund 50 nichtstaatliche Organisationen angehören, betreibt das NMRZ eine aktive Advocacy- und Lobbyarbeit für die Menschenrechte. Die gemeinsame Arbeit im Forum Menschenrechte zielt darauf ab, die nationale und internationale Politik von Bundesregierung und Bundestag aus menschenrechtlicher Sicht kritisch zu begleiten. Auch soll in Deutschland das Bewusstsein für Menschenrechtsfragen geschärft und auf die Lösung hiesiger Menschenrechtsprobleme hingearbeitet werden. Dazu dienen Gespräche u.a. mit dem Außenminister, der Menschenrechtsbeauftragten der Bundesregierung und dem Menschenrechtsreferat im Auswärtigen Amt (AA), mit dem Innenministerium (BMI), dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS), dem Bundeministerium für Entwicklung und Zusammenarbeit (BMZ) und weiteren Ministerien – sowie der regelmäßige Austausch mit den Mitgliedern des Menschenrechtsausschusses des Bundestages.

Die Arbeit des Forum Menschenrechte wird in einem achtköpfigen Koordinierungskreis abgestimmt (dem Michael Krennerich bis Januar 2020 angehörte) und wird von Arbeitsgruppen getragen, die sich mit vielfältigen Menschenrechtsthemen beschäftigen. Das Themenspektrum reicht von der Arbeit der UN-Menschenrechtsinstitutionen und den Forderungen nach einer menschenrechte-basierten Außen-, Friedens-, Wirtschafts-, Entwicklungs- und Klimapolitik über die Rechte von Frauen, Kindern und LGBTIQ\*-Personen bis hin zum Schutz von Flüchtlingen und zur Antirassismus-Arbeit in Deutschland. Innerhalb des Forums sind die verschiedenen Arbeitsgruppen dafür verantwortlich, gemeinsame Stellungnahmen und Materialien zu erarbeiten, Aktionen, öffentliche Veranstaltungen und Expert\*innengespräche vorzubereiten. Rainer Huhle und Michael Krennerich arbeiteten 2020 aktiv in der AG UN-Menschenrechtsrat/Außenpolitik und der AG Wirtschaft und Entwicklung mit. Aufgrund des Pandemiegeschehens mussten viele Gespräche, Treffen und Veranstaltungen des Forums und seiner Arbeitsgruppen digital stattfinden.

Das Forum Menschenrechte wählte Michael Krennerich erneut als einen von drei Forums-Vertreter\*innen in das Kuratorium des Deutschen Instituts für Menschenrechte. Rainer Huhle wiederum wurde als einer von zwei Vertreter\*innen des Forums in das Auswahlgremium der neu gegründeten Elisabeth-Selbert-Initiative entsandt, ein vom Auswärtigen Amt finanziertes Schutzprogramm zu Menschenrechtsverteidiger\*innen.

Das Deutsche Institut für Menschenrechte (DIMR) e.V. informiert als unabhängige nationale Menschenrechtsinstitution die Öffentlichkeit über die Lage der Menschenrechte im In- und Ausland, berät Regierungen, Parlamente und Justizorgane und trägt zur Prävention von Menschenrechtsverletzungen sowie zur Förderung der Menschenrechtskultur in Deutschland bei. Das NMRZ ist Mitglied im Trägerverein des Instituts. Michael Krennerich ist Mitglied des Kuratoriums des DIMR, das u.a. die allgemeinen Richtlinien für die Arbeit des Instituts beschließt.

Deutsches Institut für Menschenrechte

Nach langer Vorlaufzeit wurde im Herbst die "Elisabeth-Selbert-Initiative" ins Leben gerufen. Die ESI ist ein Schutzprogramm für gefährdete Menschenrechtsverteidiger/-innen, das vollständig vom Bund (vertreten durch das Außenministerium) finanziert und durch das Institut für Auslandsbeziehungen (Ifa) verwaltet wird. Kernpunkt des Programms sind Schutzaufenthalte von bedrohten Menschenrechtsverteidiger\*innen in Deutschland (Programmlinie 1) oder in Ländern der Herkunftsregion (Linie 2). In der Programmlinie 1 vermittelt ESI die betreffenden Personen an Gastorganisationen in Deutschland, die dann für die Betreuung ihres Gasts während des gewöhnlich sechsmonatigen Aufenthalts zuständig sind.

Für die Auswahl der durch das Schutzprogramm aufgenommenen Personen ist ein sechsköpfiges Gremium zuständig, in das je zwei Personen durch das Forum Menschenrechte und das Deutsche Institut für Menschenrechte sowie je eine Person durch das AA und Ifa benannt wurden. Zu den beiden vom Forum Menschenrechte benannten Personen gehört auch Rainer Huhle vom NMRZ.

Das NMRZ hat sich auch als eine der ersten Organisationen bereit erklärt, eine verfolgte Menschenrechtsverteidigerin aufzunehmen. Die Realisierung dieses Schutzaufenthaltes erfolgt allerdings erst im Jahr 2021, worüber wir im nächsten Jahresbericht berichten werden.

Elisabeth-Selbert-Initiative

Nürnberger Bündnis Fair Toys und Fair Toys Organisation

**FAIR TOYS** 

**ORGANISATION** 

Seit vielen Jahren engagiert sich das Nürnberger Menschenrechtszentrum im "Nürnberger Bündnis Fair Toys" für faire Produktionsbedingungen bei der Herstellung von Spielwaren. Seit Herbst 2018 wurde an dem Konzept für eine Multistakeolder-Initiative gearbeitet. Die geplante "Fair Toys Organisation" wurde bei der Spielwarenmesse sowohl an einem Infostand als auch bei einer hochrangig besetzten Podiumsdiskussion vorgestellt. Prominente Unterstützung bekamen wir von der Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments, Katarina Barley, mit der wir uns auf einen Messerundgang begaben. Gegründet wurde die "Fair Toys Organisation" am 14. Juli 2020. Das Nürnberger Menschenrechtszentrum gehört selbstverständlich zu den Gründungsmitgliedern. Mehr zu diesem Thema können Sie im Artikel "Menschenrechtliche Verantwortung in der Lieferkette" auf S. 15 lesen.



Die Koalition gegen Verschwindenlassen ist ein Bündnis von NGOs und Forschungseinrichtungen, das sich seit dem Jahr 2015 gegen das Verschwindenlassen von Personen einsetzt. Das Ziel der Koalition gegen Verschwindenlassen ist es, Informationen und Anstrengungen deutschsprachiger Organisationen, die sich mit dem gewaltsamen Verschwindenlassen befassen, zu bündeln und Strategien zu entwickeln, um gemeinsam gegen das Verschwindenlassen und die strukturelle Straflosigkeit der Verantwortlichen vorzugehen.

Die Website (gewaltsames-verschwindenlassen.de) dient dabei als wichtiges Instrument, das Verschwindenlassen insbesondere im deutschsprachigen Raum sichtbarer zu machen. Auf der Website finden sich verschiedene Beiträge zum Thema, die von den geschichtlichen und politischen Hintergründen des Verschwindenlassens über die Suche nach den Verschwundenen bis hin zu Instrumenten zum Schutz vor dem Verschwindenlassen reichen. Im Jahr 2020 befassten sich die Koalition insbesondere mit dem Schutz von Migranten\*innen vor dem Verschwindenlassen. Mitglieder der sieben Trägerorganisationen, zu denen das Nürnberger Menschenrechtszentrum gehört, veröffentlichten dabei Länderberichte, Hintergrundbeiträge und Interviews, um auf das Thema aufmerksam zu machen.

Koalition gegen
Verschwindenlassen

Das NMRZ ist vertreten in der Arbeitsgemeinschaft RTMR der Stadt Nürnberg. Koordiniert durch das Menschenrechtsbüro der Stadt Nürnberg treffen sich am RTMR in etwa 6-wöchigem Turnus Vertreter\*-innen unabhängiger Menschenrechtsgruppen, der Kirchen und der Stadtverwaltung. Es kommt zu einem Informationsund Erfahrungsaustausch. Ereignisse, aktuelle Themen und Anlässe, die Menschenrechtslage und spezifische Probleme in der Stadt Nürnberg werden unter menschenrechtlicher Perspektive besprochen. Man macht sich gegenseitig aufmerksam auf menschenrechtlich relevante Orte, Veranstaltungen und Belange von Bürger\*innen in der Stadt. Maßnahmen zur Veröffentlichung, Sichtbarmachung und Verbesserung werden diskutiert und ggf. eingeleitet. Auch 2020 entstanden aus dieser Vernetzung neue Kooperationen, gemeinsame Aktivitäten und Projekte.

Runder Tisch Menschenrechte

## Team



Praktikantinnen und Praktikanten Das Jahr 2020 hat nicht nur unsere Vereinsarbeit, sondern auch die Zusammenarbeit mit unseren Praktikant\*innen vor neue Herausforderungen gestellt. Das Zusammenkommen in größeren Runden und der persönliche Austausch im Büro waren mit Ausbruch der Pandemie ab März nur noch eingeschränkt möglich. Dafür gingen wir neue Wege, die es uns ermöglichten, mit insgesamt 16 Praktikant\*innen aus acht Ländern zusammenzuarbeiten. Dazu gehörten neben Deutschland Ägypten, Bangladesch, Bolivien, Indien, Iran, Mexiko und Schweden. Digitale Formate, hybride Praktika und Homeoffice machten es möglich.

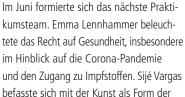
> Im Rahmen unserer Partnerschaft mit dem Institut für Auslandsbeziehungen (ifa) empfingen wir mit Franco Albarracín erstmals einen Praktikanten nicht persönlich in unserem Nürnberger Büro, sondern trafen ihn regelmäßig online bei sich zu Hause in La Paz, Bolivien. Das ifa hatte hierfür eigens ein neues Format ins Leben gerufen, mit dem das erfolgreiche CrossCulture Programme erstmals als Remote Fellowship – also als Fernpraktikum – angeboten wurde. Mit Erfolg: Die Zusammenarbeit mit Franco stellte sich trotz der Distanz als großer Gewinn heraus.



Zunächst starteten wir aber wie gewohnt mit Präsenzpraktika ins Jahr. Bereits im Vorjahr hatten Monireh Zahedi und Judith Scheibe ihr Praktikum begonnen. Monireh arbeitete zur Menschenrechtslage im Iran, während Judith sich mit Waffenexporten im menschenrechtlichen Kontext beschäftigte. Neu hinzu stießen zu Beginn des Jahres Mona Enßlin, die sich

mit der Situation unbegleiteter minderjähriger Geflüchteter in den USA auseinandersetzte, und Shuvra Dey, der zum Thema Transitional Justice und die Zerstörung kulturellen Erbes in Mali forschte. Im Februar unterstütze Magdalena Maier das Team und arbeitete in Vorbereitung auf die Wochen gegen Rassismus zu Rechtsextremismus und Populismus.

Anfang März starteten schließlich Erik Avetisyan und Theresa Braun ins Praktikum. Beide entschlossen sich mit Beginn des Lockdowns kurze Zeit später, ihr Praktikum zu pausieren. Im Herbst kamen beide zurück ins NMRZ und schlossen ihre Projekte ab. Erik beschäftigte sich mit dem Konflikt um Bergkarabach mit Blick auf das internationale Völkerstrafrecht, Theresa schrieb zum Recht auf kulturelle Teilhabe.





Widerstandsbewegung an der mexikanisch-US-amerikanischen Grenze. Im August stießen schließlich Robin Bohn und Lahari Chakraborty zum Team. Robin bearbeitete das Thema Überwachung und Recht auf Privatsphäre, während Lahari sich mit der Menschen-rechtssituation im Libanon auseinandersetzte. Verstärkung erhielten sie Ende August durch Eva Kirchner, die sich mit der Istanbul-Konvention und dem 20-jährigen Jubiläum der UN-Resolution 1325 befasste.

Caterina Böhner unterstütze das Team ab September. Sie befasste sich mit dem Gender-Pay-Gap in Deutschland und unterstützte die Social-Media-Arbeit, die das NMRZ in diesem Jahr für den Deutschen Menschenrechtsfilmpreis leistete. Als Fern-



praktikant kam schließlich Franco Albarracín aus La Paz hinzu. Er arbeitete zui unbeschränkten Wiederwahl in Bolivien und stellte die Geschichte der Ständiger Menschenrechtskommission in Bolivien vor. Die letzten Wochen des Jahres begingen wir mit Nevine El Defrawy und Lisa Halbig. Nevine beleuchtete das Thema Gewalt gegen Frauen währen der Pandemie, während Lisa sich auf die UN-Behindertenrechtskonvention konzentrierte.

Im Namen des NMRZ bedanken wir uns bei all jenen, die uns auch in diesem besonderen Jahr 2020 begleiteten und gemeinsam mit uns neue Wege gingen. Die Mitarbeit der Praktikantinnen und Praktikanten hat das NMRZ auch in dieser Zeit entscheidend geprägt. Wir danken ihnen für ihr großes Engagement, den interessanten Austausch und ihre wertvolle Unterstützung. Wir freuen uns sehr, dass uns viele auch nach Abschluss des Praktikums als aktive Mitglieder verbunden bleiben. Auch dem Institut für Auslandsbeziehungen sprechen wir unseren herzlichen Dank für die stets gewinnbringende Zusammenarbeit aus und freuen uns, auch in Zukunft weitere Stipendiat\*innen bei uns aufnehmen zu dürfen – ob persönlich oder digital.

Seit Anfang 2019 begleitet uns Lea Dannich als Büroleiterin in allen wichtigen Büroleitung Fragen. Nachdem sie 2018 ein Praktikum im NMRZ absolvierte und uns auch im Anschluss daran weiter ehrenamtlich unterstützte, koordiniert sie seit Januar 2019 die Büroarbeit und ist zudem eine zentrale Ansprechpartnerin für die Praktikantinnen und Praktikanten. Das NMR7 bedankt sich auch bei ihr herzlich für die engagierte und wertvolle Arbeit.











Aktive 2020 Das NMRZ wird von ehrenamtlicher Arbeit getragen. Geleitet wird der Verein von einem fünfköpfigen Vorstandsteam, im Jahr 2020 bestehend aus Michael Krennerich (1. Vorsitzender), Nicole Scharrer (2. Vorsitzende), Rainer Huhle, Götz Schwanhäuser und Alice Speck. Hinzu kommen zahlreiche ehrenamtliche Mitglieder sowie engagierte Praktikantinnen und Praktikanten aus dem In- und Ausland.

Marialejandra Bernedo Martínez ist Politikwissenschaftlerin und Doktorandin am Lehrstuhl für Menschenrechte und Menschenrechtspolitik der FAU Erlangen-Nürnberg. Sie ist seit 2017 Mitglied des NMRZ.

> Carl Beyl war Ende 2018 als Praktikant für das NMRZ tätig und ist seit dessen Abschluss aktives Mitglied.

Heiner Bielefeldt, Inhaber des Lehrstuhls für Menschenrechte und Menschenrechtspolitik der Universität Erlangen-Nürnberg und ehemaliger UN-Sonderberichterstatter über Religions- und Weltanschauungsfreiheit, fördert die Arbeit des NMRZ.

Saskia Bleher ist Politik- und Kommunikationswissenschaftlerin und arbeitet hauptberuflich in der Marketing-Branche. Sie ist seit 2020 Mitglied im NMRZ und Teil des Social Media Teams. Ihre Themenschwerpunkte sind Afrika, Kinderrechte und Rechtspopulismus.

Otto Böhm war im Hauptberuf Mediendokumentar und ist freier Mitarbeiter der Nürnberger Nachrichten. Er ist Gründungsmitglied des NMRZ und war mehrere Jahre lang 1. Vorsitzender. Seine Arbeitsschwerpunkte im NMRZ sind die Internationalen Strafgerichtshöfe und philosophische Grundsatzfragen der Menschenrechte. Er gehört außerdem dem Team Menschenrechtsbildung des NMRZ an.

Sofi Brostean-Kaiser ist studierte Politikwissenschaftlerin und seit 2011 Mitglied des NMRZ. Sie arbeitet als wissenschaftliche Mitarbeiterin beim Memorium Nürnberger Prozesse. Außerdem ist sie Teil des Teams der Menschenrechtsbildung im NMRZ.

Rocío Comas studierte Jura an der Universität von Buenos Aires, absolvierte ihren Master im Fachgebiet Menschenrechte mit dem Fokus auf Geschlechterperspektiven und Kinderrechte und arbeitete für das Regionalbüro Menschenrechte der Vereinten Nationen in Santiago de Chile. Seit 2015 unterstützt sie das NMRZ. Derzeit arbeitet sie an ihrer Doktorarbeit mit dem Schwerpunkt Kinderrechte, Migration und Menschenrechte.

Lea Dannich studiert Jura an der Friedrich-Alexander Universität Erlangen-Nürnberg und ist dem NMRZ nach ihrem Praktikum 2018 als Mitglied beigetreten. 2019 hat sie die Büroleitung des NMRZ übernommen.

Theresa Dawidek ist Biologin und studierte den Master Menschenrechte an der Universität Erlangen-Nürnberg. Sie ist ehemalige Praktikantin des NMRZ. Ihr Themenschwerpunkt ist die Schnittstelle zwischen ökologischen Themen, Medizinethik, naturwissenschaftlicher Forschung im Allgemeinen und Menschenrechten.

Ute Ehrenfeld ist Sonderpädagogin und hat das Team der Menschenrechtsbildung im NMRZ mit aufgebaut. Sie ist Rechnungsprüferin und kümmert sich außerdem um den Themenbereich Inklusion und Fragen der internen Organisation. Zudem vertritt sie das NMRZ am "Runden Tisch Menschenrechte" der Stadt Nürnberg.

Hani Elkhader studiert Politikwissenschaft und Philosophie an der FAU. Er ist seit 2017 im NMRZ aktiv und vertrat dieses 2019 gemeinsam mit Götz Schwanhäußer beim Nürnberger Bündnis Fair Toys. Sein Interessensschwerpunkt liegt bei der Menschenrechtsphilosophie.

Michelle Fowinkel hat Nahoststudien und Politikwissenschaft in Bamberg und Erlangen studiert und arbeitet hauptberuflich im Menschenrechtsbüro der Stadt Nürnberg. Sie ist seit 2015 Mitglied des NMRZ und leitete 2016 und 2017 das Büro.

Maria Geisler studierte Politikwissenschaften an der Universität Wien und ist seit Mai 2017 Mitglied des NMRZ. Im Moment schreibt sie noch an ihrer Doktorarbeit und war zuvor bereits im Öffentlichen Dienst tätig. Ihre Schwerpunkte liegen im Bereich Menschenrechte, Policy Analyse, Europäisierung sowie Kultur und Politik.

Gerrit Glupe wirkt seit 2008 im NMRZ mit und bringt als Rechtsanwalt juristischen Sachverstand in die Arbeit des NMRZ ein. Er vertritt das NMRZ gemeinsam mit Ute Ehrenfeld am "Runden Tisch Menschenrechte" der Stadt Nürnberg.

Rainer Huhle ist Politikwissenschaftler und Gründungsmitglied des NMRZ. Er beschäftigt ich vor allem mit Geschichte und Grundlagen der Menschenrechte, internationaler Strafgerichtsbarkeit, Vergangenheitspolitik, und mit Lateinamerika. Er gehört dem Team Menschenrechtsbildung des NMRZ an. Überregional vertritt er das NMRZ im Forum Menschenrechte und war bis 2019 stellvertretender Vorsitzender des UN-Ausschusses zum Schutz von Personen gegen das Verschwindenlassen.

Markus Krajewski, Inhaber des Lehrstuhls für Öffentliches Recht und Völkerrecht und Sprecher des Center for Human Rights Erlangen-Nürnberg (CHREN) an der Universität Erlangen-Nürnberg, fördert die Arbeit des NMRZ.

Felix Krauß arbeitet als Wissenschaftlicher Mitarbeiter für den Bay. Landtag. Neben asylrechtlichen Belangen setzt er sich außerberuflich mit den Herausforderungen und Chancen von Menschenrechten in einer digitalisierten Welt auseinander und inwiefern verantwortungsvolle Investments zu einem nachhaltigeren Finanz- und Wirtschaftssystem beitragen. Seit seinem Praktikum im Herbst 2018 betreut er die Social-Media-Arbeit sowie den Blog des NMRZ.

Michael Krennerich ist seit 2007 Vorsitzender des NMRZ. Hauptberuflich ist er Professor für Politikwissenschaft und lehrt Menschenrechte und Menschenrechtspolitik an der Universität Erlangen-Nürnberg. Er ist leitender Herausgeber der "Zeitschrift für Menschenrechte" sowie Mitglied des Kuratoriums des Deutschen Instituts für Menschenrechte und des beratenden Kuratoriums für Integration und Menschenrechte der Stadt Nürnberg. Für sein ehrenamtliches menschenrechtliches Engagement erhielt er 2016 die Bürgermedaille der Stadt Nürnberg.

Clara Lanfermann ist Politikwissenschaftlerin. Sie war von Juli bis September 2018 Praktikantin und ist seitdem Mitglied beim NMRZ.

Nils Lieber studiert Philosophy & Economics an der Universität Bayreuth und setzt sich im Rahmen des NMRZ vor allem mit dem Gewaltsamen Verschwindenlassen und der Menschenrechtssituation in Mexiko auseinander.

Michaela Lissowsky ist Politikwissenschaftlerin und war bis 2019 die 2. Vorsitzende des NMRZ. Sie hat als Leiterin des Gründungsbüros die Internationale Akademie Nürnberger Prinzipien aufgebaut, am Opferfonds des Internationalen Strafgerichtshofs gearbeitet und promoviert über das Recht auf Entschädigung nach schweren Menschenrechtsverbrechen. Seit Ende 2018 leitet sie das Themenmanagement Menschenrechte der Friedrich-Naumann-Stiftung in Berlin.

Ulrich Obermeyer, pensionierter Pfarrer im Schuldienst, initiierte und betreut den Fotowettbewerb des NMRZ, der 2014 erstmalig durchgeführt wurde.

Helga Riedl ist Sozialpädagogin und Politikwissenschaftlerin. Sie arbeitet hauptberuflich im Menschenrechtsbüro der Stadt Nürnberg. Für das NMRZ koordiniert sie das Team der Menschenrechtsbildung des NMRZ, vernetzt es mit anderen Bildungseinrichtungen in Nürnberg und ist an der Ausarbeitung neuer Konzepte beteiligt.

Nicole Scharrer, ist Politikwissenschaftlerin und Wissenschaftliche Mitarbeiterin bei einer Abgeordneten des Deutschen Bundestages. Seit 2019 ist sie Teil des Vorstandsteams des NMRZ. Dort ist sie für die Betreuung der Praktikant\*innen und die Social-Media-Arbeit zuständig.

Klaus Schüler berät das NMRZ als Rechtsanwalt im Ruhestand in juristischen Fragen und unterstützt den Vorstand aktiv bei der Organisation von Veranstaltungen. Die Praktikantinnen und Praktikanten betreute er engagiert bis Dezember 2017.

Regine Schunda ist Juristin mit internationaler Ausbildung und beruflicher Tätigkeit im Wirtschaftsrecht. Sie fördert insbesondere Projekte mit Bezug zum europäischen und internationalen Menschenrechtsschutz und zum Thema Menschenrechte und Wirtschaft.

Götz Schwanhäußer ist Gründungsmitglied des Nürnberger Menschenrechtszentrums. Er ist Diplomkaufmann und setzt seine Kenntnisse seit Beginn als Kassenwart für die rechtschaffene Verwendung der Finanzmittel ein.

Armin und Annegret Seufert recherchieren zu menschenrechtlichen Themen mit historischem Bezug. Beide waren bis 2017 zehn Jahre lang im Vorbereitungskomitee der "Lateinamerika-Woche" für ein konstant interessantes und lebendiges Programm verantwortlich.

> Alice Speck ist Politikwissenschaftlerin und arbeitet in der PR-Branche. Seit 2015 ist sie Mitglied des Vorstands des NMRZ und kümmert sich dort um die Betreuung der Social-Media-Aktivitäten.

Inge Spiegel ist Buchhändlerin und Sozialpädagogin. Schon seit vielen Jahren ist sie in der Menschenrechtsbildung im NMRZ, im Dokumentationszentrum und im Memorium tätig. Ihr Schwerpunkt liegt dabei auf der Antidiskriminierungspädagogik.

Corrine Venema-Tucker ist seit Oktober 2018 ehrenamtlich beim NMRZ tätig. Mit einem Hintergrund in der Pädagogik wurde sie von Dezember 2018 bis März 2019 Praktikantin, wobei sie ein Forschungsprojekt für Flüchtlinge und Bildung in Deutschland leitete. Heute ist sie Mitglied des Social-Media-Teams und freut sich über die Arbeit, die das NMRZ leistet.

Ulrike Wickbold studierte English and American Studies und Soziologie an der FAU Erlangen-Nürnberg. Von Oktober 2014 bis Dezember 2015 leitete sie das Büro des NMRZ und betreute überwiegend den Webauftritt und die Facebook-Seite des NMRZ.

> Neben den namentlich genannten NMRZler\*innen gibt es zahlreiche weitere aktive Mitglieder und Freunde, die die Arbeit des NMRZ fördern.

Wir freuen uns, wenn Sie das NMRZ direkt durch eine Spende unterstützen möchten!

Kontonummer: 350 51 97

BLZ 52060410

IBAN: DE97520604100003505197

BIC: GENODEF1EK1

Evangelische Kreditgenossenschaft eG

Das Nürnberger Menschenrechtszentrum ist vom Finanzamt Nürnberg als gemeinnützig anerkannt. Spenden sind daher abzugsfähig.

Nürnberger Menschenrechtszentrum e.V.

Hans-Sachs-Platz 2 90403 Nürnberg

Tel.: +49-(0)911-230 55 50 Fax: +49-(0)911-378 17 78

E-Mail: buero@menschenrechte.org

www.menschenrechte.org

Facebook: NuernbergerMenschenrechtszentrum Instagram: @nbg\_menschenrechtszentrum

Twitter: @N\_M\_R\_Z



memorium nürnberger prozesse **museen** der stadt nürnberg







# Nürnberger Menschenrechtszentrum e.V.

Hans-Sachs-Platz 2 90403 Nürnberg Tel. +49-(0)9 11-2 30 55 50

Fax +49-(0)9 11-3 78 17 78

E-Mail: buero@menschenrechte.org

www.menschenrechte.org

 ${\it Facebook: Nuernberger Menschenrechtszen trum}$ 

 $In stagram: @nbg\_menschenrechtszentrum\\$ 

Twitter: @N\_M\_R\_Z